

Kommunen schließen sich zusammen

Wegen Bevölkerungsschwunds vier Standesämter in Lippe vereint

Von Maike Stahl

WB 12/11

Detmold (WB). Wenn weniger Menschen in der Region leben, müssen die Städte und Gemeinden enger zusammenrücken. Das ist eine Erkenntnis, die die vier nordlippischen Kommunen Extertal, Bartrup, Dörentrup und Kalletal bereits vor zwei Jahren gewonnen haben. Erste Ergebnisse stellten sie gestern in Detmold vor.

Mit Sorge blicken viele Städte und Gemeinden in der Region auf den demographischen Wandel. Deshalb hatten Bezirksregierung und Regionalrat zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der die Interkommunale Zusammenarbeit im Mittelpunkt stand.

»Wir verlieren zwar Bevölkerung, aber weniger als die meisten

anderen Regierungsbezirke in NRW. Noch sind wir die jüngste Region im Land und haben den geringsten Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss«, beschrieb Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl die Situation in Ostwestfalen-Lippe. Damit sich die Region aber künftig im Wettbewerb behaupten kann, müssten jetzt die Weichen gestellt werden.

Für Extertals Bürgermeister Hans Hoppenberg ist das nicht neu. Seine Gemeinde hat zusammen mit Bartrup, Dörentrup und Kalletal bereits ein gemeinsames Entwicklungskonzept erarbeitet. Das Leitmotiv lautet: »Nordlippe – auf dem Weg zu einer Gemeinde.« »Dabei ist aber nicht etwa eine neue Gebietsreform un-

ser Ansatz«, stellte Hoppenberg klar. Vielmehr solle intensiv geprüft werden, was einer für alle übernehmen könne. Das Konzept überzeugte auch das Ministerium, das Nordlippe zur Modellregion »Vernetzte Verwaltung« erklärte. Gerade seien die vier Standesämter zu einem Bezirk zusammengeschlossen worden. »So können sich unsere Standesbeamten problemlos gegenseitig vertreten«, berichtete Hoppenberg.

Auch Brakels Bürgermeister Friedhelm Spieker zeigte auf, wie Kommunen dem demographischen Wandel begegnen können. So habe der Kreis Höxter mit der Fachhochschule Detmold ein Konzept entwickelt, welche Wirtschaftswege im Jahr 2030 überhaupt noch benötigt werden. »Das Ergebnis ist, dass wir heute schon ein Drittel nicht mehr bräuchten«, sagte er. Auch der Leerstandsproblematik in den Städten und Gemeinden müsse entgegen gewirkt werden, möglichst auch mit finanzieller Unterstützung des Landes.